

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Preis wöchentlich 1 Sgr. 9 Pf., monatlich 7 Sgr. 6 Pf., mit Botenl. 8 Sgr. 6 Pf.

Volks-Zeitung.

Vierteil. 22 Sgr. 6 Pf., m. Botenl. 25 Sgr. 6 Pf. — D. Abonn. Preis ist bei allen Postanstalten des Inl. 25 Sgr.; d. Ausl. 1 Thl. 6 Sgr. — Inser. d. gespalt. Zeilzeile 2 Sgr.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

N^o 40.

Berlin, Dienstag, den 17. Februar.

1857.

Alte Fehler und neue Mißgriffe.

Schon seit längerer Zeit schweben zwischen zwei hiesigen Geldinstituten, dem Bankverein und der Handelsgesellschaft, sehr ernstliche Verhandlungen über eine Vereinigung beider zu einem gemeinsamen Institut.

Insofern jede dieser Gesellschaften bei ihrem Auftreten sich den Beruf zuschrieb, der Allgemeinheit nützen zu wollen, halten wir uns auch berechtigt, ihre nunmehrigen Pläne vom Gesichtspunkte des allgemeinen Interesses aus einer Beurtheilung zu unterwerfen.

Im Grunde genommen ist die Vereinigung eigentlich nur eine bequeme Form der Auflösung beider Gesellschaften und die Bildung einer neuen und größeren. Wir haben uns also in Wahrheit im Interesse der Allgemeinheit zwei Fragen vorzulegen, die eine die Auflösung der alten, die andere die Bildung der neuen Gesellschaft betreffend, und wir glauben, die Sachlage etwas klarer als sie jetzt ist machen zu können, wenn wir die beiden Fragen zuerst getrennt einer Betrachtung unterwerfen.

Was die Frage der Auflösung betrifft, so gestehen wir, daß die Geschichte der Existenz beider Gesellschaften zu kurz war, um ihre Auflösung zu einem betrübenden Ereigniß zu machen; trotz dem war sie doch lang genug, um die Ueberzeugung zu gewähren, daß bis jetzt wenigstens die Geschäftsführung der Gesellschaften nicht die rechten Vertreter im allgemeinen Interesse gefunden hat. Die Auflösung würde also kaum eine merkliche Lücke im allgemeinen Verkehr hinterlassen und nur einige Schwierigkeiten in formeller Beziehung bieten, deren Lösung in finanzieller Beziehung uns weiter nicht interessiren kann.

Keine der Gesellschaften hat etwas geleistet, was sie berechtigt hätte, die Vereinigung so vieler Geldkräfte in Anspruch zu nehmen. Sie haben beide mit Agio ihre Papiere auf den Markt gebracht, das, wie der Erfolg bisher lehrte, ungerechtfertigt war. Sie haben beide mit ihren und fremden Aktien bloße Börsengeschäfte gemacht, die jeder an der Geschäftsführung beteiligte Kapitalist auch ohne Gesellschaft hätte machen können. Die Aufgabe, irgend etwas in's Leben zu rufen, was über den Börsenspekulanten hinausgeht, irgend etwas zu gründen, das die Einzelkräfte guter Kapitalisten übersteigt, etwas zu schaffen, das ohne sie nicht zu Stande kommen könnte, diese Aufgabe scheint kaum von den Gesellschaften ernstlich in's Auge gefaßt worden zu sein. Sie zu lösen, dazu waren zu viel Bankiers und zu wenig Indu-

strielle an der Geschäftsführung betheiligte, zu viel Geld- und zu wenig Fach-Kapazitäten.

Wissen wir so ihrer Auflösung eigentlich nichts entgegenzustellen, so ergiebt sich das Urtheil über das Projekt der Vereinigung eigentlich von selber. Wir müssen aber noch einen Schritt weiter gehen und die Vereinigung nur als eine Häufung eines Mißverhältnisses hinstellen, das gegenwärtig bereits beide Institute in ihrer Sonderung empfinden ließen.

Unter Umständen geht es mit den Geldinstituten wie mit den Staatsinstituten. Die Vereinzelung ist in Staatsinstituten oft eine Vergeudung vieler Einzelkräfte und ein Hinderniß zur Erreichung solcher Zwecke, die eine gemeinsame Leitung nothwendig machen, unter Umständen aber ist öfter noch die Zentralisation von Kräften eine Verschwendung und erschwert die Handhabung ohne Noth und ohne Vortheil.

Wenn jede der Gesellschaften ihrer Aufgabe sich bewußt geworden wäre, so hätten sie bei dem Mangel an Gelegenheit, ihre gemeinsame Kraft zu gebrauchen, längst sich in vereinzelte Abtheilungen sondern müssen. Jede der Gesellschaften hätte eine Abtheilung für Industrie, eine andere für bestimmte Fabrikationszweige, für Bergbau, für Handelsverbindungen, für Erfindungen, für Bankgeschäfte und dergleichen errichten müssen. Jede einzelne Abtheilung, gut mit Kapital und Fachmännern ausgestattet, würde — in der Vereinzelung schneller auf richtige Pläne gekommen sein, als die zentralisirte Macht, die nur an der Börse ihre Autorität ausüben konnte. Es waren die beiden Gesellschaften in ihrer Sonderung schon zu groß, wenn sie eben nichts Großes zu schaffen wußten.

War dies schon ein Fehler, so liegt in der Vereinigung beider Gesellschaften sicherlich der noch größere Fehler.

Wie in Fällen, wo man nicht ganz bestimmte Zwecke im Auge hat, zu dem die Vereinigung der vielen Kräfte nöthig ist, die Assoziation eine Verschwendung ist, das beweist ein in Stuttgart erscheinendes neues Blatt, der „Allgemeine deutsche Telegraph“, durch ein sehr schönes Beispiel recht anschaulich, das wir wörtlich hier wiedergeben, weil es gar zu gut für unsern Fall Anwendung findet.

„Wenn ich eilig bin, und einen ziemlich schweren Wagen habe, so spanne ich zwei Pferde vor, statt eins. Dies ist zweckmäßig. Die vereinten Kräfte zweier Pferde bewältigen mehr Reibung als die isolirten Kräfte eines Pferdes. Spanne ich aber 6 oder 10 Pferde vor, so über-

treibe ich die Folgerungen aus dem Assoziationsprinzip, entziehe 4 oder 6 Pferde anderen Wagen, oder dem Pfluge, oder der Körnernte, und bin für jeden Menschen mit fünf gesunden Sinnen lächerlich. Ich habe einen Brief über Land zu schicken, wohin kein Postkarren geht; ich nehme einen stinken jungen Barschen zum Boten: mein Zweck wird erreicht. Wollte ich zwei oder drei Boten zu gleicher Zeit absenden, wären es auch die allerstinktesten Bursche: was würde es mir helfen?"

Wir glauben, daß solche Beispiele aus dem gewöhnlichen Leben sehr treffend das Falsche der sogenannten Fusion verdeutlichen. Die Gesellschaften litten einzeln nicht am Mangel von Kräften, sondern am Mangel von Zwecken, ihre Kräfte richtig zu verwenden. Es waren zu viel Pferde vorgespannt vor jedem einzelnen Fuhrwerk; die Größe der Gesellschaftsmittel war keine Gelegenheit zum größern Schaffen, sondern Veranlassung zur größern Verlegenheit. Vereinzelnung jeder Sondergesellschaft mit bestimmten Aufgaben wäre das richtigere und zweckmäßigere gewesen. Machen sie das Gespann noch größer, so mehrt sich die Verschwendung der Kräfte, sie stärken nicht, sondern schwächen sich gegenseitig.

Wie die Betheiligten selbst dies ansehen, wissen wir nicht; aber Fälle solcher Art haben für die Allgemeinheit etwas Lehrreiches, und ein Hinweis auf eine schlichte Wahrheit mochten wir nicht zurückhalten, wo man alte Fehler gut machen will durch neue größere Mißgriffe.

Berlin, den 16. Februar 1857.

— Das Abgeordnetenhaus hat heute das Gesetz über die Vergeigenthumsverleihung u. nach den Vorschlägen der Kommission und mit einigen vom Abg. v. Beughem vorgeschlagenen Aenderungen angenommen; der Handelsminister machte gegen die wichtigsten Abänderungen der Regierungsvorlage Opposition, blieb aber in der Minorität. Aus den Verhandlungen ist nur folgender Zwischenfall bemerkenswerth. Der Hr. Handelsminister v. v. Seydt hatte eine Aeußerung des Abg. v. Beughem fälschlich so aufgefaßt, als ob in derselben eine Beleidigung der Bergämter läge, welche das vorliegende Gesetz auf ministerielles Ersuchen begutachtet hatten. Er hielt es deshalb für seine Pflicht, den Abgeordneten, der sich „erlaubt“ habe — der Minister wiederholte das Wort zweimal — die königlichen Behörden in „unpassender“ Weise zu verdächtigen, zurechtzuweisen. (Berein zelte Bravo's rechts und lautes Lachen links.) Hr. v. Beughem wälzte die Beschuldigung von sich und wahrte unter allseitiger Beifälle die Redefreiheit der Landtagsmitglieder.

— In der morgigen Sitzung der Abgeordneten kommen Budgetberichte und mehrere Petitionen zur Verhandlung. Unter letzteren befindet sich das Gesuch der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde um verfassungsmäßigen Schutz. Mittwoch gelangen die Verfassungsgesetze zur Berathung und am Donnerstag beginnt die Diskussion des Ehescheidungs-gesetzes.

— Nach einer Regierungserklärung in der Budgetkommission werden mit dem pennsylvanischen System vorläufig Versuche nur bei solchen Personen gemacht, welche zum ersten Mal bestraft würden, in einem Alter von 17 bis 45 Jahren stüben und körperlich und geistig gesund seien.

— Der Regierungspräsident Freiherr v. Sencken in Adslin hat, wie die „N. Pr. Z.“ hört, die wiederholt nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste erhalten. — Demselben Blatte zufolge ist für die durch Meier's Tod erledigte Professur der klassischen Philologie an der Universität Halle Professor Bergl in Freiburg designirt.

— Dem Major a. D. v. Peterstorff in Gollnow, der wegen seiner bei der Vertheidigung Kolbergs bewiesenen Tapferkeit den Orden pour le mérite erhielt, ist die goldene Krone zum gedachten Orden verliehen worden.

— Der König hat dem Fürst-Bischof von Breslau, Dr. Heinrich Förster und dem Erzbischof von Osnabrück und Posen, Dr. Leo von Przyluski, den rothen Adlerord. 2. Klasse mit dem Stern verlie-

hen; den bisherigen Landrath v. Breitenbach zu Lagensalza; das Mitglied der I. Direktion der westfälischen Eisenbahn, bisherigen Staatsanwalt Heise zu Münster, so wie den bei der I. Direktion der saarbrücker Eisenbahn zu Saarbrücken beschäftigten bisherigen Kreisrichter Lenge zu Regierungspräsident; ferner den Dr. Wendt, bisher Promotor am Gymnasium zu Weiffenberg in Pommern, zum Direktor des Gymnasiums in Hamm ernannt.

— Die freiwillige Finanzkommission der Linken hat sich einstimmig gegen die Erhöhung der Salzsteuer ausgesprochen.

— Die „pr. Corr.“ erklärt: Mehrere Blätter haben die Mittheilung verbreitet, daß, in Folge der hervorgetretenen Widersprüche gegen die Steuergesetze, das Staatsministerium die Zurücknahme einzelner Entwürfe beabsichtige. Von einem derartigen Entschlusse ist jedoch nicht die Rede. Vielmehr ist die Ueberzeugung festzuhalten, daß das Staatsministerium, wie bereits in der Finanzkommission auch in den weiteren Stadien der Berathung die Entwürfe mit Einmüthigkeit und Entschiedenheit vertreten werde.

— Der „patr. Ztg.“ wird von hier geschrieben: Man spricht hier von nahe bevorstehenden Aenderungen in einigen wichtigen Kommandostellen. Namentlich wird versichert, der Feldmarschall v. Wrangel werde demnächst seine Stellung als Oberbefehlshaber in den Marken mit dem Posten eines General-Inspektors der Kavallerie vertauschen. Anderweitig wird mitgetheilt, das Generalkommando des dritten Armeekorps werde dem Fürsten Radziwill, zur Zeit kommandirendem General des vierten Armeekorps (zu Magdeburg) übertragen werden; das Generalkommando in Magdeburg endlich würde Generalleutnant v. Wuffow, zur Zeit Kommandeur der fünften Division, erhalten. Es heißt ferner, daß der bisherige kommandirende General des siebenten Armeekorps, General der Kavallerie, Freiherr Roth v. Schreckenstein, seinen bisherigen Posten mit einer Stellung am königlichen Hoflager vertauschen würde.

— Wie die „N. Pr. Z.“ hört, ist von den betreffenden Ministerien eine gemischte Kommission zur Berathung einer neuen Heeres-Ersatz-Instruktion zusammengetreten.

— Die „Zeit“ enthält folgende Notiz: „Herr Morris Moore, der durch seine das öffentliche Aergerniß erregende literarische Fehde mit achtungswerthen Männern an fast allen von ihm besuchten Orten nicht das beste Andenken zurückgelassen hat*, ist nunmehr auch (nach der „N. P. Ztg.“) in Folge eines Ministerialbefehls angewiesen worden, Augsburg und Baiern mit seinen Axteln u. unverweilt zu verlassen.“ — Zur Steuer der Wahrheit erlaubt sich die „National-Zeitung“ die Bemerkung, daß hier eine Verwechslung des Kunstkritikers Morris Moore mit dem in Berlin ebenfalls bekannten Axtelführer Murray vorliegt. Hr. Morris Moore ging nach seiner Ausweisung aus Berlin nach Dresden, wo er noch jetzt sich aufhält, ohne weitere Anschuldigungen erfahren zu haben.

— Der frühere Redakteur der „patriotischen Zeitung“, Emil Lindenbergh, wegen Beleidigung des Prinzen von Preußen zu 9 Monaten Gefängniß und Verlust der Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt, ist vom König begnadigt worden.

— Es ist dem Bernehmen nach eine allgemeine Anordnung in Aussicht, wonach die Anzeige von der Geburt eines Kindes christlicher Eltern nicht bloß, wie dies bisher geschieht, der Polizeibehörde, sondern gleichzeitig auch entweder dem ordentlichen Pfarrer der Parochie, in welcher die Eltern ihren Wohnsitz haben, oder nach Wahl der Eltern demjenigen Pfarrer machen sollen, von welchem sie die Taufe des Kindes vollziehen zu lassen wünschen. (C. B.)

— Im vorigen Jahre sind in der königlichen Münze im Ganzen nur 1,391,369 thlr. 21 sgr. 6 pf. geschlagen worden, und zwar nur ungefähr 1 Million für Preußen, der Ueberrest für fremde Regierungen. (C. B.)

— Es ist hier die Veranstaltung eines Balles zu Gunsten des Nationalbankes angeregt worden. Nachdem höheren Orts die vorher zu erbittende Zustimmung ertheilt sein wird, sollen

* Woher weiß denn die „Zeit“ das so genau? Wir kennen zwar nicht „alle Orte“, welche Hr. Morris Moore in Berlin besucht hat; das aber glauben wir zu wissen, daß er sich bis zur „offiziellen Stelle“, wo die „Zeit“ in olympischer Höhe thront, niemals verfliegen hat. D. Red.

Privateinladungen erlassen und demnächst Aufforderungen zur Beteiligung durch die Zeitungen veröffentlicht werden. (E. S.)

— Wie uns mitgeteilt wird, hat die russische Regierung für den hier in der Leipzigerstraße Nr. 67. zur Schau gestellten Riesenochsen 2500 Thlr. geboten, um ihn für den kais. zoologischen Garten zu gewinnen. Der Kauf ist jedoch bis jetzt noch nicht abgeschlossen, indem die Besitzerin ihren „Moli“ nicht unter 3000 Thlr. verkaufen will.

— Theater am Dienstag 17. Febr. Schauspielhaus: Stille Wasser sind tief. Opernhaus: Orpheus und Euridice. Friedrich-Wilhelmsstadt: Von oben nach unten. Königsstadt: Roth oder Weiß. Die Schwäbin. Doktor Pesche. Kroll: Prinz Honigschnabel.

Frankfurt. Das Projekt, hier am kommende Pfingsten eine allgemeine deutsche Lehrerversammlung abzuhalten, hat die obrigkeitliche Genehmigung erhalten. — Die letzte Bundestags-sitzung bietet nichts von Interesse. In mehreren Blättern wird jetzt darüber Streit geführt, ob der bekannte Beschluß in der luxemburger Dekretierungsangelegenheit einstimmig oder unter Widerspruch einzelner Regierungen gefaßt worden sei. So viel dürfte feststehen, daß das dänische Mitglied des deutschen Bundestags die „Rettung“ in Luxemburg gutgeheißen hat.

Hamburg. Der offizielle „Hamb. Korresp.“ tritt der Behauptung der hiesigen Lokalpresse entgegen, daß Herr v. Corvin-Wierbitzky durch seine Flucht der Verhaftung entgangen sei, indem es nie die Absicht unserer Behörden gewesen, diesen Herrn zu verhaften, sondern nur von hier wegzuweisen; man hätte ihm nach seiner Genesung seinen sächsischen Paß jeder Zeit nach einem ihm beliebigen Orte visirt. In Folge dessen veröffentlicht das hiesige Lokalblatt, „die Reform“, einen Brief des Hrn. v. Corvin, in welchem dieser erklärt, daß ihm seine Papiere, die einige Tausend Mark werth waren, von der hiesigen Polizei in Beschlag genommen, und daß die Haussuchung bei ihm auf preussische Requisition erfolgt sei, wie dies ihm einer der hausuchenden Polizisten gesagt. Ohne Weigern würde er sich der leipziger Polizeibehörde gestellt haben; allein er hätte dann durch preussisches Gebiet gemußt, und da die Vermuthung nahe liege, daß man in Preußen seiner Person sich bemächtigt hätte, und nach sechsjähriger schwerer Gefangenschaft noch nicht von einer schweren Krankheit hergestellt, würde auch nur eine kurze Untersuchungshaft in Preußen sein Tod gewesen sein. Seiner Selbsterhaltung wegen zog er es daher vor, durch seine Flucht einer Zwangsreise nach Leipzig durch Preußen auszuweichen. Man hat ihm weder das Ausgehen verboten, noch ihn sonst durch Abnahme eines Versprechens gebunden. Zu bemerken ist noch, daß Herr Corvin eine bis zum 15. März dieses Jahres gültige Aufenthaltskarte hatte, ihm aber der Aufenthalt am Tage nach seiner Hausuchung durch einen Polizeibeamten gefündigt wurde, zur Zeit, als er an einem gastrisch-nerösen Fieber schwer darniederlag. (Bergl. London.)

Schweiz. Dowiak wurde bekanntlich vor einigen Wochen wegen eines verlegenden Artikels über den König von Preußen aus der Schweiz fortgewiesen. Er hatte sich nach Genf begeben, wo er aber nicht bleiben durfte. Daß der Uebertritt in einen Nachbarstaat kein Leichtes war, begreift unter den obwaltenden Umständen Jedermann. Kurz, Dowiak entschloß sich, bei der eidgenössischen Polizeibehörde freiwillig sich zu stellen, und er bat diese letzter Tage um einen Paß und Reisegehd nach England, was nach verschiedenen anderen Vorgängen denn auch Beides bewilligt wurde, worauf Dowiak am 11. Februar unter polizeilicher Aufsicht seine Reise nach England angetreten hat.

Brüssel. In Betreff des untergegangenen Dampfers „Ravenbourne“ sind hier günstige Nachrichten eingegangen.

Paris, 13. Februar. Oestreich begnügt sich nicht mit einer einfachen Protestation gegen die Vereinigung der Donaufürstenthümer. Herr v. Hübner hat, nachdem er Depechen erhalten, eine Unterredung mit Graf Walewski gehabt und demselben erklärt, die östreichische Regierung werde, trotz der Moniturnote, nach wie vor dem Vereinigungsprojekte sich auf das Entschiedenste widersetzen. — Feruk-Rhan hatte gestern seine vierte Konferenz mit Lord Cowley. Der erstere ist von dem Benehmen des hiesigen britischen Gesandten sehr befriedigt und hofft eine friedliche Ausgleichung zwischen Persien und England zu Stande zu bringen. Es heißt nun, daß neue Vorschläge, bei welchen Frankreich

vielleicht auch vermittelnd aufzutreten berufen ist, gemacht werden sollen. Es würde nämlich Buschir (das ein schlechter Punkt ist und Mangel an Trinkwasser hat) von den Engländern geräumt, und Karrak zu einem Freihafen für alle Völker erklärt. Den Engländern würde jedoch vorzugsweise die Anlegung eines ständigen Handelsetablissemments zugestanden, das gleichzeitig der Euphratbahn als Ausgangspunkt dienen würde. — General Niel, gleichzeitig Adjutant des Kaisers, hat von diesem den Auftrag bekommen, Versuche anzustellen über eine neue Art, Minen durch Elektrizität anzuzünden. — Der Staatsrath hat bei Prüfung des neuen Budgets eine Summe von 3 Millionen für die Kosten der chinesischen Expedition ausgeworfen. — Die französische Dampfkorvette „Phlegeton“ und die Kanonenschaluppe „la Dragonne“, welche zur chinesischen Flottenstation gehören, waren am 4. Jan. in den Hafen von Korea eingelaufen und am 14. nach Macao abgegangen. In Korea befinden sich gleichfalls die Fregatte „Jeanne d'Arc“ mit dem Stationskommandanten an Bord, so wie die Korvetten „la Zélée“ und „la Recherche.“ — Unsere oben mitgetheilte Nachricht über das gute Einvernehmen zwischen Feruk-Rhan und Lord Cowley, so wie die Hoffnung auf friedlichen Ausgang der englisch-persischen Frage finden wir in dem halb-offiziellen „Pays“ bestätigt. Dasselbe fügt bei, daß diese Nachrichten in London einen günstigen Eindruck hervorgerufen hätten, und daß nun wohl das Mißlingen der in Konstantinopel stattgehabten Unterhandlungen einzig dem bekannten Charakter und Benehmen Lord Strafford's zugeschrieben werden müsse. Es ist bereits für Feruk-Rhan eine Wohnung in London gemiethet.

* **Paris, 14. Februar.** Auch Lord Cowley hat aus der Moniturnote Anlaß genommen, in einer Konferenz dem Grafen Walewski zu erklären, daß England sich der Vereinigung der Donaufürstenthümer widersetzen müsse. Bis jetzt hätten also drei Mächte protestirt, Oestreich, England und die Türkei. So viel man sich hier erzählt, nimmt die französische Regierung die Sache ernster als man glaubt. — Man spricht in sehr verschiedener Weise von dem Rückzuge der englischen Schiffe aus dem schwarzen Meere. Aus den letzten Nachrichten geht hervor, daß das englische Geschwader am 4. Februar noch in dem schwarzen Meere kreuzte. — Großfürst Konstantin trifft am 18. hier ein und beginnt die Rundschau der französischen Häfen am 25. mit Toulon. Der Marineminister bereits alle Anstalten zum Empfange des Prinzen. — Die Entschuldigungen, welche Sir Robert Peel im englischen Parlamente wegen seiner Reden in Sheffield vorbrachte, werden mit dem erwarteten Besuche des Großfürsten in England in Verbindung gebracht. Man glaubt, dieselben werden genügen. — Wie man versichert (auch „Morning Post“ sprach davon) ist Prinz Nikolaus von Nassau, welcher die Tochter des Herzogs von Leuchtenberg heirathen soll, der vorzüglichste Kandidat für die Regierung der Donaufürstenthümer, im Falle, daß die von Frankreich befürwortete Vereinigung stattfindet. — Marschall Randon trifft in einigen Tagen hier ein, wird aber nur kurze Zeit hier verweilen. Man sagt, der Kaiser habe ihn kommen lassen, um über die beabsichtigte Expedition nach Babylon dessen Ansicht zu vernehmen. — Es ist wiederum die Rede von einer Reorganisation der bisherigen Kompetenz der Militärdivisionen, dieselben sollen in fünf Hauptkommando's eingetheilt werden, von denen die jüngst ernannten Marschälle je eines bekleiden würden. — Der von mehreren Journalen verbreitete Angabe, Kontre-Admiral Seymour beabsichtige die Insel Chusan in Besitz zu nehmen, wird durch die neuesten Nachrichten aus China auf das Bestimmteste widersprochen. Die Engländer denken nicht im Entferntesten daran, diese Insel aufs Neue zu besetzen, die sie im Jahre 1840 in Besitz genommen und sechs Jahre später ihres ungesunden Klimas wegen wieder geräumt hatten.

London, 13. Febr. Unterhaus vom 12. Lord Palmerston: Ich sagte am Dienstag Abend, ich hätte gehört, daß die östreichisch-französische Konvention gar nicht zur Unterzeichnung gelangt ist, und dieses Glaubens war ich auch am Dienstag Abend. Aber ich halte es für recht zu erklären, daß sich bei näherer Erkundigung herausstellt, daß sie allerdings unterzeichnet worden (laute Cheers von den Oppositionsbänken) aber als eine mehr militärische denn politische Konvention, durch den Wegfall ihrer Vorbedingung, nämlich einer östreichischen Kriegserklärung gegen

Rußland, ein tochter Buchstabe geblieben ist. Disraeli: Das Haus erlaubt mir wohl es daran zu erinnern, daß der edle Lord meiner ersten Angabe über das Vorhandensein eines geheimen Vertrags geradezu widersprochen hat. („Nein!“ von Lord Palmerston.) Nannte er sie nicht einen „Roman?“ (Beifall der Opposition.) Als ich eine Woche nachher auseinandersetzte, welchen Vortheil Oestreich und die italienischen Regierungen von dem Vertrag gezogen, räumte der edle Lord ein, daß etwas Schriftliches vorhanden sei, kein Vertrag zwar, aber eine Konvention, und die sei niemals unterzeichnet worden. Jetzt kommt der 3. Akt, und Se. Lordschaft gesteht, daß nicht nur etwas Schriftliches vorhanden ist in Gestalt einer Konvention, und daß sie eine geheime Konvention ist, sondern, daß der einzige Umstand, der dem edlen Lord vor Widerlegung schützte, die Nichtunterzeichnung, auf einem Irrthum beruhte. (Hört, hört!) Nach diesen 2 Geständnissen des edlen Lords wiederhole ich meine erste Behauptung. Ich sage, es war keine Konvention, sondern ein Vertrag; er wurde nicht nur unterzeichnet, sondern in Anwendung gebracht; und des edlen Lords Beschreibung paßt so wenig auf seinen eigenthümlichen Inhalt, daß ich nach der letzten Debatte auf den Gedanken kam, es müsse irgend eine auf den geheimen Vertrag basirte Militärkonvention geben, die nicht unterzeichnet worden ist, und — der edle Lord suche damit das Haus hinteres Licht zu führen. (Beifall.) Abermals behaupte ich, daß ein geheimer Traktat zwischen Frankreich und Oestreich besteht, der letzterem die Sicherheit seiner italienischen Besitzungen verbürgt — daß er an dem bezeichneten Tage ausgefertigt, — daß er bedeutend in Anwendung gebracht worden — daß er, nach meinem besten Erachten, in der Dauer seiner Geltung nicht begrenzt und daß die Darstellung, die der Lord davon gegeben hat, unrichtig ist. (Lauter Beifall.) Lord Palmerston: Man gönne mir nur ein paar Worte nach den Bemerkungen, mit denen der sehr ehrenwerthe Gentleman seinen schimpflichen Rückzug von seiner ersten Anstellung zu decken sucht. (Ironische Cheers der Opposition und Gegen-Cheers.) Er hat heute seine eigenen Worte, die er das erste Mal brauchte, verdreht. (Cheers und Gegen-Cheers.) Er sagte das erste Mal, daß Oestreich bei den Diskussionen über Neapel den Vertrag zitirte — daß der Vertrag auf Anstiften (instigation) der englischen Regierung (O! O! und Beifall), — daß er nicht nur mit dem Wissen, sondern auf Anstiften von Ihrer Majest. Regierung vollzogen worden sei. (Fortwährende Cheers und Gegen-Cheers.) Disraeli: Auf das „Anstiften“ („at the instance“). Lord Palmerston: Nein, „Anstiften.“ Aber auf Silben kommt es nicht an. Doch habe ich das Wort gehört und im Gedächtniß behalten. Disraeli: „Anstiften oder „Rath.“ Lord Palmerston: Gut denn, Rath! (Beifall der Opposition.) Ich klugne abermals die ganze Darstellung des sehr ehrenwerthen Gentleman. Nach meinem besten Wissen und Glauben besteht kein Vertrag der Art. Ich erkläre ausdrücklich, daß die britische Regierung keine Kenntniß von einem solchen Vertrag hat und ihn daher nicht angestiftet haben kann. Ich behaupte, trotz der Windmähreien des sehr ehrenwerthen Gentleman. (O! von der Opposition.) — Um Vergebung, auch er hat sich starker Ausdrücke bedient (Beifall). Ich sage, daß er sich gräßlich hat täuschen lassen; daß er eine Militärkonvention, die niemals in's Leben trat, weil Oestreich nie das Schwert gegen Rußland zog, mit einer dauernden Garantirung des Oestreich. Italiens von Seiten Frankreichs verwechselt. Ich sage, daß Oestreich von der Konvention unmöglich den angeedeuteten Gebrauch machen konnte, weil es kein Recht hatte zu Neapel zu sagen: „Ich besitze eine dauernde Garantirung meiner italienischen Besitzungen von Frankreich“; daß die Militärkonvention selbst nicht auf unser Anstiften oder unsern Rath unterzeichnet, sondern uns als ein schon fertiges Uebereinkommen mitgetheilt wurde, so daß sich für uns nur die Frage stellte, ob Frankreich in Ehren verpflichtet war, Oestreich in Italien den Rücken zu decken, falls seine Heere im Vortrat des Kampfes gegen Rußland standen; daß also meine Darstellung vollkommen wahrheitsgemäß, und daß der sehr ehrenwerthe Gentleman über die Thatsachen ganz falsch berichtet ist. (Lauter Cheers und laute Gegen-Cheers.)

Die „Times“ bringt heute einen gegen die Vereinigung der

Donaufürstenthümer gerichteten Artikel. Der Wunsch Rußlands geht offenbar dahin, die Verbindung zwischen der Türkei und diesen Grenzprovinzen zu lockern, und zu diesem Zwecke sucht es den letzteren eine Schein-Unabhängigkeit zu verschaffen und einen rumänischen Staat nach Art des Königreichs Griechenland zu errichten. — Von Otto v. Corvin, dem bekannten Führer in der badischen Revolution, ist heute ein Schreiben in der „Times“ abgedruckt, in dem er seine letzten Schicksale in Hamburg erzählt, und gegen seine Verfolgung durch die preussische Polizei bittere Klage erhebt. Aus dem Schreiben scheint hervorzugehen, daß er in Sicherheit ist. Ob in England oder anderswo, ist darin nicht angedeutet. — Die Schuhputzer-Jungen aus den Armen-Schulen, die, Dank einem Vereine von Menschenfreunden, jetzt ganz anständig organisiert sind, hatten gestern ihr Festessen und Meeting. Lord Shaftesbury führte als Präsident des Vereins den Vorsitz; außer ihm waren mehrere Parlaments-Mitglieder und Damen von der Aristokratie zugegen. Diejenigen Jungen, die am meisten Geld verdient und sich sonst am besten aufgeführt hatten, erhielten Medaillen; im Ganzen befinden sich die Finanzen der kleinen Korporation in recht gutem Zustande, und die rothe Brigade, die auf den einträglichsten Plätzen der City postirt ist, und aus etwa 54 Jungen besteht, verdiente im verflossenen Jahre 2771 Pfd., so daß jeder derselben wöchentlich 6 Schill. für sich behalten, 3 Schill. an den Verein und 3 Schill. an die Sparkasse abliefern konnte.

New-York, 4. Februar. Im Senate zu Washington fand gestern eine Debatte über den zentral-amerikanischen Vertrag statt, die jedoch zu keinem bestimmten Ergebnisse führte.

Telegrafische Depeschen.

Paris, Sonntag 15. Februar. Der heutige „Moniteur“ enthält Erläuterungen in Betreff der Verwarnungen von Zeitungen. Die Suspension ist nur dann statthaft, wenn zwei Verwarnungen vorhergegangen sind. Die Regierung wird stets Zeit und Schwere der Thatsachen ernstlich in Erwägung ziehen, wenn sie dieselben als Motive zu Verwarnungen betrachtet.

Berliner Börse.

Montag, den 16. Februar 1857.

Die Börse war mit der Medio-Liquidation beschäftigt, österr. französische Staatsbahn-Aktien, sowie Koseler fest und höher bezahlt, von Kredit Bank-Aktien wurden Meininger zu steigenden Kursen gesucht.

Eisenbahn-Aktien.	In- und Ausländische Fonds:
Berg-Märk. 92½.	Pr. Staatsanleihe 85¼/8.
Aachen-Mastricht 65G.	Oest. 5% Metall. 83¾/8.
Berl.-Hamburg. 115B.	5% Nat.-A. 85¾/4—5/8.
• Potsd.-Magd. 144½.	• 250 fl. Pr.-Obl. 109½. G.
• Stettin 139½—¾/8.	Preuß. und voll eingezahlte
• Anhalt 154G.	ausländ. Bank-Aktien.
Köln-Minden 154½.	Prß. Bank-Anth.-Sch. —
Br.-Schw.-Frb. alt. 140½—39½/8.	B. Bank-Ber. 100½.
do. do. neue 129B.	B. Sdlsg.-A. 100½/8.
Oberschl. Litt. A. 148½/8.	Baar.-Kr.-A. 105¾/4—6½.
do. Litt. B. 139B.	Dis.-A. 118½/8.
do. Litt. C. 136¾/4—7½.	Braunschw. Bank-Akt. 132½.
Cos.-Odb. (Wilhelmk.) 113½/8.	Darmst. „ 123¾/4, 23—½/8.
Düsseldorf-Eberf. 150B.	do. Zettel „ 104¾/8.
Rheinische 111¾/8.	Oest.-Kred. „ 96¼/8. ohne Div.
Thüringer 130½.	Mold. Land. „ 106—5½.
Stargard-Posen 104¼/8.	Leipz. Kredit „ 94—93¾/8.
Magdeb.-Halberst. 204½/8.	Meininger „ „ 96½/2—97¾/8.
Magdeb.-Wittenb. 49½—50½. B.	Oestreich „ „ 143½/2, 43—¼/8.
Mecklenburger 56¾/4.	Thüring. B.-Akt. 105—4¾/8.
Fr.-Wilh.-Frb. 58¼/4—½.	Weimarische 127¾/8.
Ludw.-Verb. 148½.	Prß. Sdlsg.-Anth. 96B.
Oest.-fr.-St. Eis. 160,59—½/8.	Schl. Bank-B.-Anth. 97¼/8. B.

Getreide: Roggen pr. Februar 43. Spiritus loco 26¼/4. Rübsl loco 16¼/12.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Dunder in Berlin.

Berlin,
Verlag von Franz Dunder.

Druck für Dunder & Weidling in Berlin.
F. Weidling, Potsdamerstr. 20.

Hierzu 1 Beilage.